



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Die Cayman Inseln oder auch Lichtenstein waren bislang beliebte Steueroasen – doch das soll nun der Vergangenheit angehören. Beide Länder gehören zu jenen 51 Staaten, die im Rahmen der Berlin Tax Conference am vergangenen Mittwoch den Steuersündern den Kampf angesagt haben. Nach Aussage des deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble ein großer Erfolg, denn ein fairer internationaler Steuerwettbewerb brauche einheitliche internationale Standards. Und diese neuen Standards sähen vor, dass die Steuerbehörden von Banken und anderen Finanzdienstleistern automatisch Informationen mit den Steuerbehörden anderer Länder austauschen. Bisher können Staaten gemäß Vereinbarung der OECD nur im Einzelfall Finanzdaten voneinander anfordern. Die Hürden sind hoch: Der Antrag muss konkret sein, allgemeine Anfragen ins



Blaue hinein sind unzulässig. Der Fiskus muss also bereits von der Steuerhinterziehung Wind bekommen haben. Und es gibt Hintertüren: Auskünfte müssen nicht erteilt werden, wenn sie dem nationalen Recht widersprechen oder Geschäftsgeheimnisse publik würden. Viele Staaten mauerten einfach und beriefen sich auf das Bankgeheimnis. Künftig werden mit dem Abkommen Informationen über Zinsen, Dividenden und Guthaben nach einheitlichen Standards erhoben und ab Herbst 2017 jährlich

Kampf gegen Steueroasen

*Für Steuerhinterzieher wird es eng: Durch ein **Abkommen von 51 Ländern** wurde die Weltkarte der **Steueroasen** stark dezimiert. Was am Mittwoch in Berlin entschieden wurde, ist ein steuerpolitischer Mauerfall.*

zwischen den Staaten ausgetauscht. Dabei nehmen die Finanzminister Banken, Versicherungen, Makler und Finanzinstitute in die Pflicht: Sie müssen ermitteln, wo ihre Kontoinhaber steuerlich ansässig sind, und dafür Adressen, Telefonnummern, Daueraufträge und Überweisungen prüfen. Bei Konten mit mehr als einer Million Euro gelten besonders strenge Vorschriften. Bei Widersprüchen müssen sie eine Selbstauskunft einholen und auf Plausibilität prüfen. Konten von Stiftungen, Firmen und Trusts mit weniger als 50.000 Dollar sind dagegen ausgenommen. Doch das OECD-Abkommen lässt auch Fragen offen: Der Fiskus macht die Banken als bisherige Handlanger der Steuerflucht nun zur Finanzpolizei. Das Abkommen enthält keine Vorgaben, wie kontrolliert werden soll,

ob die Finanzinstitute die Kontodaten wirklich gewissenhaft prüfen. Zudem ist offen, wie der Austausch zwischen den Steuerbehörden technisch organisiert werden soll. Das Abkommen muss auch erst noch in allen unterzeichnenden Staaten umgesetzt werden. Darüber hinaus haben das Abkommen vor allem jene Staaten unterzeichnet, aus denen die meisten Steuerflüchtigen kommen, aber kaum Länder, in denen sie sich verstecken. Nicht mit von der Partie sind Karibik-Inseln wie Dominica oder St. Kitts. Sie verkaufen reichen Europäern weiter ihre Staatsbürgerschaft, als sicheres Ticket ins Steuerparadies. China verweigert sich dem Abkommen völlig, ebenso wie die USA, die eigene Verträge mit vielen Ländern durchgesetzt haben. Auch die Schweiz will die Vorgaben erst später umsetzen.